

## Geschichtskorrespondenz

Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung  
bei der Partei DIE LINKE

---

Nummer 1/22. Jg.

Mitteilungsblatt

Februar 2016

---

Zu dieser Ausgabe:

Diese Nummer unterbreitet Materialien zur Tätigkeit unseres Arbeitskreises: den Einführungsvortrag von H. Karl auf unserer Donnerstag-Veranstaltung am 29. Oktober 2015 zum Thema

„Ein Wendepunkt in der Geschichte der KPD“ sowie – mit Blick auf unsere nächste Konferenz am 9. Februar d.J. „Der XX. Parteitag der KPdSU (1956) aus heutiger Sicht“ –

Bemerkungen von H. Karl zu einem Buch von Grover Furr *gegen* den XX. Parteitag.

In diesem Zusammenhang möchten wir auch daran erinnern, dass wir das bemerkenswerte Interview Palmiro Togliattis vom Juni 1956 über die vom XX. Parteitag der KPdSU gestellten Probleme in der *Geschichtskorrespondenz* (Januar 2012, S. 8-30) im vollen Wortlaut veröffentlicht haben (im Internet unter [www.die-linke.de/geschichtskorrespondenz](http://www.die-linke.de/geschichtskorrespondenz) ).

Ferner enthält diese Ausgabe unseren Veranstaltungsplan für Januar bis April 2016. Die April-Nummer wird vor allem Materialien unserer Konferenz vom 9. Februar enthalten.

Heinz Karl

## Inhaltsverzeichnis

Editorial	S. 1
Prof. Dr. Heinz Karl	
Ein Wendepunkt in der Geschichte der KPD	S. 3
Heinz Karl	
Bemerkungen zu: <i>Grover Furr</i> , Chruschtschows Lügen. Die Beweise, dass alle „Enthüllungen“ über Stalins (und Berias) „Verbrechen“ in Nikita Chruschtschows „Geheimrede“ auf dem 20. Parteitag der KPdSU am 25. Februar 1956 nachweislich falsch sind, (Berlin 2014)	S. 15
Veranstaltungen des Arbeitskreises, Januar bis April 2016	S. 19

Impressum: Die Geschichtskorrespondenz erscheint vierteljährlich. Sie wird Mitgliedern und Interessenten des Arbeitskreises kostenlos per E-Mail zur Verfügung gestellt.

E-Mail: [marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de](mailto:marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de)

Neue Interessenten teilen bitte ihre (bzw. eine von ihnen zu nutzende) E-Mail-Adresse entweder per Mail an obige E-Mail-Adresse oder per Post an die Redaktion (siehe unten) bzw. eine der in den Einladungen genannten Kontaktadressen mit.

Herausgeber: Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE.

Redaktion: Dr. Günter Wehner (V.i.S.d.P.)  
Sella-Hasse-Str. 9, 12687 Berlin, Tel. 030-800 962 148

Gezeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder. Die nächste Ausgabe erscheint April 2016.

Prof. Dr. Heinz Karl

## Ein Wendepunkt in der Geschichte der KPD.\*

Die KPD war eine der wichtigsten im Deutschland des 20. Jahrhunderts wirkenden politischen Kräfte. Sie war nicht nur über Jahre die stärkste und einflussreichste kommunistische Partei in den kapitalistischen Ländern. Sie war auch die politische Voraussetzung für die mehr als vier Jahrzehnte währende Beseitigung der Macht des Kapitals, des Imperialismus und Militarismus und des erstmalig beschrittenen sozialistischen Entwicklungsweges in einem Teil Deutschlands.

Sie durchlief in ihrer Entwicklung verschiedene Phasen, die nicht identisch mit Perioden der gesellschaftlichen Entwicklung – und ihres Wirkens unter diesen konkreten geschichtlichen Bedingungen – sind, sondern den spezifischen Bedingungen und Erfordernissen der Entwicklung einer proletarischen Partei als Organisationsform und Instrument von Klassenkräften entspringen.

Ihre Vorgeschichte war dadurch gekennzeichnet, dass sie sich als bewusster Teil der innerparteilichen Opposition gegen die Politik des 4. August 1914 herausbildete, aber diese nicht insgesamt integrierte (denken wir an die Bremer und andere Linke); auch nicht, als die SPD-Führung zur Spaltung der Partei überging und die Bildung einer alternativen linkssozialistischen Partei auf die Tagesordnung setzte, die führende Mitgestaltung dieses Prozesses anstrebte.

Die **erste Entwicklungsphase** der KPD beginnt mit ihrem Gründungsparteitag Ende Dezember 1918 und währt bis zur Vereinigung mit der linken USPD und der Konstituierung der VKPD im Dezember 1920. Sie entwickelt sich unter schwierigsten Bürgerkriegsbedingungen zu einer ganz Deutschland umspannenden und kontinuierlich wirkenden Organisation. Sie überwindet die auf und unmittelbar nach dem Gründungsparteitag aufgetretenen linkssektiererischen und anarchosyndikalistischen Verirrungen, was zum Ausscheiden des KAPD-Flügels führt. Das bedeutet eine zeitweilig erhebliche zahlenmäßige Schwächung, aber zugleich eine viel gewichtigere programmatische und taktische Stärkung. Es ist die wichtigste Voraussetzung, um alle relevanten Kräfte links von der reformistischen SPD

in einer revolutionären marxistischen Partei zu sammeln. Dies gelingt mit konstruktiver Unterstützung der Kommunistischen Internationale, der sich die KPD (Spartakusbund) unmittelbar nach deren Gründung angeschlossen hatte. Damit hatte sich eine revolutionäre marxistische, konsequent antikapitalistische Partei als Alternative zur system- und regimekonformen reformistischen SPD formiert. Sie war nicht nur eine wirkliche Massenpartei, in ganz Deutschland verankert, sondern verfügte auch über starke gewerkschaftliche, kommunalpolitische und parlamentarische Positionen. Diese Konstellation entsprach einem Deutschland mit bürgerlichen, imperialistischen Machtverhältnissen. Ihre Überwindung gelang nur dort, wo diese Machtverhältnisse liquidiert wurden. Alle Versuche, einen „dritten Weg“ zwischen diesen beiden Hauptkräften zu finden, erwiesen sich – bis heute – als unrealistisch und illusorisch, förderten die Zersplitterung.

Mit der Konstituierung der VKPD begann die **zweite Entwicklungsphase** der KPD, die sich bis Juli/August 1925 erstreckte. Sie verläuft sehr widersprüchlich, diskontinuierlich. Wertvolle neue Erfahrungen werden gesammelt, internationale Erfahrungen und Erkenntnisse produktiv angeeignet, bedeutende politische Erfolge erzielt. Andererseits werden Situationen fatal fehleingeschätzt, erfolgen Rückfälle in bereits überwunden geglaubte Fehler, schwerwiegende taktische Missgriffe. Die Partei ist in Fraktionen gespalten, die dies widerspiegeln, aber auch aus der starken Differenziertheit der beteiligten Kräfte, hervorgegangen aus unterschiedlichen, zum Teil konträren Strömungen und Organisationen, auch aus verschiedenen Generationen mit unterschiedlichen Erfahrungshorizonten sowie aus regionalen Bindungen resultieren. Das Konsensstreben ist insgesamt sehr unterentwickelt.

Nach einem bemerkenswerten, zukunftssträchtigen Auftakt mit dem Offenen Brief an alle Arbeiterparteien und -organisationen im Januar 1921 läuft die Partei im März 1921– in Überschätzung ihrer Stärke und Möglichkeiten – in das offene Messer der wohlvorbereiteten preußischen Polizeiprovo- kation. Die harte Kritik des III. Weltkongresses bahnt der Durchsetzung einer sehr erfolgreichen Einheitsfrontpolitik 1921/22 den Weg. 1923 vermag die KPD ihren Masseneinfluss rasch zu steigern,

aber nicht ausreichend zu festigen und in Aktionskraft umzusetzen. Das richtige Konzept der Arbeiterregierung wird einseitig parlamentarisch aufgefasst. Wieder werden durch die Parteispitze (vor allem durch Heinrich Brandler) die eigenen Kräfte und Möglichkeiten überschätzt, die Gegenkräfte grob unterschätzt. Verheerend wirkt sich die grundfalsche taktische Orientierung aus, keine Teilkämpfe zu führen, „um alle Kräfte für den Entscheidungskampf aufzusparen“. Die Niederlage im Herbst 1923 wirkt sich kaum auf den Masseneinfluss der KPD aus, die nun ihre bisher besten Wahlergebnisse erzielt, bis hin zur Reichstagswahl im Mai 1924, bei der sich ihre Fraktion fast verfünffacht.

Dafür gestaltete sich die Situation in der Partei komplizierter. Die Empörung über die bisherige Führung um Brandler sicherte der von Arcady Maslow und Ruth Fischer dominierten linken Opposition auf dem 9. Parteitag im April 1924 eine Dreiviertelmehrheit. Zwar wurde Ernst Thälmann zum Parteivorsitzenden gewählt, aber außer ihm wahrten nur drei Mitglieder der neuen Zentrale (Pieck, Remmele, Eberlein) Distanz zu Maslow/Fischer – eine hoffnungslose Minderheit. Hinzu kam, dass auch nach Wiedereinführung der (seit August 1921 abgeschafften) Vorsitzenden-Funktion im Februar 1924 die praktische Führungsarbeit sich nach wie vor im Polbüro und Orbüro konzentrierte, was deren Sekretären (Arcady Maslow bzw. Ruth Fischer und Werner Scholem) zwangsläufig eine Schlüsselrolle verschaffte, obwohl sie formell dem Parteivorsitzenden untergeordnet waren.

Die Reichstagswahl im Dezember 1924, die der SPD große Gewinne brachte, die KPD aber mehr als ein Viertel ihrer Wähler kostete, zeigte, dass die KPD keine Konsequenzen aus der deutlich einsetzenden relativen Stabilisierung des Kapitalismus zog und insbesondere ihre Massenarbeit immer mehr hinter den Erfordernissen zurückblieb. Auf dem 10. Parteitag traten die Gegensätze zwischen den linksopportunistischen Kräften um Ruth Fischer und Scholem, die eine realistische Politik behinderten oder sogar offen bekämpften, und den Kräften um Thälmann, die auf entschiedene Verstärkung der Massenarbeit, vor allem in den Gewerkschaften, und eine effektive Einheitsfrontpolitik drängten, offen zu Tage. Thälmann orientierte in einem Hauptreferat auf die aktivste Arbeit in den freien Gewerkschaften als die wichtigste Aufgabe der Kommunisten. Ein neues Parteistatut sollte insbesondere für handlungsfähige Parteiorganisationen vor allem in den Betrieben, aber auch in den Wohngebieten sorgen, die jedem Mitglied die konkrete Mitarbeit ermöglichen. Der Parteitag machte deutlich, dass grundlegende politische und organisatorische Veränderungen unumgänglich, aber auch herangereift waren. Im Zusammenhang mit diesen Auseinandersetzungen hatte sich aber auch das Kräfteverhältnis in der Parteiführung geändert. Einige der bisherigen Zentrale-Mitglieder hatten sich von Fischer/Maslow/Scholem gelöst und unterstützten Thälmann. Dem neu gewählten Führungsgremium – jetzt ZK – gehörten fast doppelt so viele Mitglieder (und Kandidaten) an, wie der bisherigen Zentrale, vor allem

bewährte Kräfte aus den Bezirken, die sich zu einem großen Teil an die Seite Thälmanns stellten. Damit ging die zweite Entwicklungsphase der KPD zu Ende.

Im folgenden werde ich vor allem über die Probleme der sich nun anschließenden **dritten Entwicklungsphase** sprechen, die sich bis 1935 erstreckte.

## **Inhalt und Wertung der Wende August-November 1925**

In den Moskauer Verhandlungen zwischen Delegationen der KPD und des EKKI vom 12. bis 20. August 1925 ging es vor allem um die wesentlichen Schwächen der Partei und insbesondere ihrer Führung. Die Mitglieder des EKKI legten dar, wie die Gruppe Ruth Fischers alle Vorschläge, die Politik der KPD – vor allem die Gewerkschafts- und Einheitsfrontpolitik – beweglicher zu gestalten, missachtet hatte, die innerparteiliche Demokratie verletzte, jegliche Selbstkritik ablehnte, ständig gegen das Prinzip der Kollektivität der Leitung verstieß und sich bei der Entwicklung von Kadern und bei der Formierung von Leitungen von Fraktionsgeist leiten ließ. Entschieden unterstützten Ernst Thälmann, Philipp Dengel und John Schehr die Kritik des EKKI.

Die Ergebnisse der Aussprache wurden in einem Offenen Brief des EKKI an die KPD zusammengefasst.<sup>1/</sup> Dieser ging von einer realistischen Einschätzung der Klassenkräfte in Deutschland aus. Er machte die KPD auf die Aktivitäten des wiedererstarkenden deutschen Imperialismus und

zugleich auf die neuen Möglichkeiten für die Herstellung der Einheitsfront aufmerksam. Im Offenen Brief wurde unterstrichen, dass diese nur im Kampf gegen die ultralinken Auffassungen und Tendenzen genutzt werden könnten. Als wichtigste Seite der Politik der KPD bezeichnete das EKKI das Verhältnis der Partei zur sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, ihre Einheitsfrontpolitik. Um Masseneinfluss zu gewinnen, müsse man praktische Massenarbeit leisten, vor allem in den Betrieben und Gewerkschaften. Damit die Partei kampffähiger und für die Arbeiter anziehender werde, sei in den Parteiorganisationen eine lebendige, kameradschaftliche Atmosphäre zu schaffen. Der Offene Brief war wegweisend für die KPD. Sein wichtigstes Anliegen war es, die KPD zu befähigen, die durch die kapitalistische Stabilisierung geschaffene Klassenkampfsituation exakt zu analysieren und auf dieser Grundlage eine realistische strategische und taktische Orientierung auszuarbeiten.

Das ZK der KPD billigte auf einer Tagung am 28. August und 1. September 1925 die Tätigkeit der Delegation der KPD und stimmte dem Offenen Brief des EKKI zu. Es wählte seine leitenden Organe in der von Thälmann vorgeschlagenen Zusammensetzung. Von nun an wurde das Polbüro unmittelbar vom Parteivorsitzenden geleitet. Ruth Fischer, Arcady Maslow und Werner Scholem gehörten zwar noch dem Polbüro bzw. Orgbüro an, bildeten dort aber jetzt eine klare Minderheit, die große Mehrheit stand fest an der Seite Thälmanns.

Der Offene Brief des EKKI an alle Organisationen und Mitglieder der KPD erschien noch am 1. September 1925 in der „Roten Fahne“. Seine Veröffentlichung leitete eine zweimonatige Parteidiskussion ein, die ihren Höhepunkt und Abschluss Ende Oktober mit der 1. Parteikonferenz fand. Mit dieser Parteidiskussion wirkte die neue Parteiführung darauf hin, dass die Parteiorganisationen sich auf eine konkrete politische Arbeit mit den parteilosen und den sozialdemokratischen Arbeitern einstellten, sich in alle wirtschaftlichen und politischen Kämpfe einschalteten und sich auf eine wirksame Tätigkeit der Kommunisten in den Betrieben und Gewerkschaften konzentrierten. Der Offene Brief und die Beschlüsse des ZK fanden in den regionalen und lokalen Parteiorganisationen ein starkes Echo. So beschloss die Bezirksleitung Halle-Merseburg bereits am 2. September, in der Bezirksleitung und den Unterbezirksleitungen Gewerkschaftsabteilungen aufzubauen.

In einigen Bezirken, in denen die Ultralinken größeren Einfluss hatten, wie in Berlin-Brandenburg, bemühten sich Ernst Thälmann, Philipp Dengel und andere ZK-Mitglieder, die durch das scheinradikale Auftreten der Ultralinken irreführten Arbeiter für die Linie der Partei zu gewinnen. Für den zunehmenden Erfolg gab den Ausschlag, dass die Auseinandersetzung mit den ultralinken Argumenten eng mit der Klärung der praktischen Fragen der täglichen Massenarbeit verbunden wurde. Während die verschiedenen, auch untereinander zerstrittenen ultralinken Gruppierungen u.a. gegen die Bestrebungen der neuen Parteiführung Sturm liefen, die Arbeit der Betriebszellen zu beleben und neue aufzubauen, weil sie davon einen Rückgang ihres Einflusses befürchteten, betrachtete es die Parteiführung als einen Schwerpunkt ihrer Arbeit, das Verständnis für die Rolle der Betriebszellen im Leben der Partei zu erhöhen und die KPD in den Belegschaften stärker zu verankern. In der Parteidiskussion konnten sich von den Ultralinken beeinflusste Arbeiter an Hand ihrer eigenen Erfahrungen von der Richtigkeit der Linie des ZK überzeugen. Die Arbeit der Betriebszellen wurde lebendiger und es wurden zahlreiche neue geschaffen. In eineinhalb Jahren – bis Anfang 1927 – erhöhte sich ihre Gesamtzahl auf 2135.

Indem die Rolle der Betriebszellen erhöht wurde und territoriale Parteiorganisationen mit Hunderten von Mitgliedern, die gar nicht in der Lage waren, als wirkliche Basisorganisationen zu arbeiten, in arbeitsfähige Straßenzellen aufgeteilt wurden, entstanden reale Voraussetzungen, um die innerparteiliche Demokratie zu entwickeln. Nicht wie bisher in – häufig von den Ultralinken fraktionell manipulierten – Funktionärssitzungen, sondern in den Mitgliederversammlungen oder auf Konferenzen gewählter Delegierter der Zellen wurde nunmehr über die Partei- und Massenarbeit beraten und entschieden. Mit der Durchsetzung solcher Arbeits- und Leitungsmethoden verminderte sich rasch der Einfluss der Ultralinken. In den Betriebszellen und auf den Delegiertenkonferenzen gaben, wie die „Rote Fahne“ (25. Oktober 1925) treffend schrieb, „der Gewerkschaftsfunktionär, der zielbewusste Betriebsarbeiter und nicht der Phraseur“ den Ton an. Zugleich war der Aufbau der Betriebs- und Straßenzellen die Voraussetzung, einen immer größeren Teil der Parteimitglieder in die Parteiarbeit einzubeziehen.

Am 31. Oktober 1925 trat in Berlin die 1. Parteikonferenz zusammen. Von den 253 Delegierten waren drei Viertel Arbeiter aus den Betrieben. Fast alle Delegierten waren gewerkschaftlich organisiert. Im Referat Ernst Thälmanns zur Lage in der KPD erinnerte er besonders daran, wie realistisch Lenin auf dem III. Weltkongress der KI von einem verlangsamten Tempo der Entwicklung der revolutionären Bewegung gesprochen hatte, sowie an die von Lenin inspirierten Beschlüsse dieses Kongresses: die zentrale Losung „Heran an die Massen!“ und die Entwicklung von Betriebszellen als wichtigste Form der Parteiorganisation. Unter wörtlichem Bezug auf Lenins „Linken Radikalismus...“ betonte er, die KPD könne nur reifen und erstarken, wenn sie sich die Leninsche Erkenntnis zu eigen mache, dass die kommunistische Bewegung sich im Kampf sowohl gegen den Rechtsopportunisten als auch gegen den „linken Radikalismus“ – der in der KPD zur Hauptgefahr geworden sei – entwickelt und festigt.

Scholem und andere ultralinke Redner leugneten die relative Stabilisierung des Kapitalismus, wandten sich gegen jede ernsthafte Einheitsfrontpolitik und beschuldigten das EKKI und das ZK der KPD, die diese Auffassungen zurückwiesen, des Opportunismus. Sie überzeugten nicht: die vom ZK vorgelegte Resolution zu den innerparteilichen Fragen wurde mit 222 gegen 30 Stimmen angenommen.

Die Parteikonferenz rückte sozialpolitische Forderungen stärker in den Vordergrund: Rückeroberung des Achtstundentages, eine bessere Arbeitslosenunterstützung, gegen Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit, gegen Teuerung, Herabsetzung der Mieten, Bau von Arbeiterwohnungen, Erweiterung der Rechte der Betriebsräte, insbesondere ein Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen.

Besonders betonte die Parteikonferenz die Wichtigkeit demokratischer, antiimperialistischer Teilforderungen in der Politik der KPD: Säuberung des Staatsapparates von Monarchisten und anderen Reaktionären, Maßnahmen gegen die arbeiterfeindliche Klassenjustiz und die reaktionäre Schulpolitik, die Beschlagnahme der Vermögen der bis 1918 regierenden Fürsten.

Um diese antiimperialistischen Kampfforderungen durchzusetzen, sollte ein Linksblock aus kommunistischen, sozialdemokratischen und anderen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern formiert werden. Diesem Bestreben diente auch ein bei zehn Gegenstimmen angenommener Beschluss, der SPD zu den bevorstehenden preußischen Provinziallandtagswahlen Listenverbindungen zur Verrechnung der Reststimmen vorzuschlagen.

Bei der Abstimmung über die politische Resolution vermochten die Ultralinken sogar nur zwölf Gegenstimmen aufzubringen.

Die am 1. November 1925 beendete 1. Parteikonferenz war von großer Tragweite für die weitere Entwicklung der KPD. Die Parteikonferenz bekräftigte die positiven Züge in den Beschlüssen des 10. Parteitages und löste die Aufgaben, die der Parteitag nicht zu lösen vermocht hatte. Darüber hinaus aber verankerte sie den Sieg über eine äußerst gefährliche - weil unter „linker“ Maske auftretende – antimarxistische Abweichung.

Diese Bedeutung der 1. Parteikonferenz wurde auch vom Gegner erfasst. Die großbürgerliche „Berliner Börsen-Zeitung“ (2. November 1925, Abendausgabe) wertete die Konferenz als Anzeichen einer neuen Aufwärtsbewegung des Kommunismus in Deutschland und gab auf die Frage, was die Kommunisten mit ihrer neuen Taktik bezwecken, die bezeichnende Antwort: „Sie reißen die Drahtverhaue zwischen sich und den Sozialdemokraten nieder.“

### **Die Wirkungen der Umwälzung im Herbst 1925 (1925-1933). Was wurde erreicht?**

Mit der neuen Führungskonstellation war vor allem die umgehende Wende zu einer realistischen Einheitsfrontpolitik verbunden – sowohl in Wahlkämpfen als auch in sozialen Bewegungen. Ihr Höhepunkt war die Fürstenenteignungskampagne 1926, ein bis dahin unerreichtes und später nicht wieder zustande gekommenes Zusammenwirken von kommunistischer und sozialdemokratischer Bewegung – von der KPD erkämpft gegen den monatelangen erbitterten Widerstand der SPD-

Führung, vor allem durch eine intensive Einheitsfrontarbeit mit der SPD- und Gewerkschaftsbasis. Im Winter 1925/26, einer wirtschaftlichen Krisenphase, ergriff das ZK der KPD wichtige außerparlamentarische und parlamentarische Initiativen zur Unterstützung der Erwerbslosen, gegen Betriebsstilllegungen, für Arbeitsbeschaffung, Krisenbekämpfung und Ankurbelung der Wirtschaft durch umfassende staatliche und kommunale Sofortmaßnahmen sowie mittel- und längerfristige Programme. Im Februar 1926 nahm erstmals ein KPD-Vorsitzender vor dem Zentralkomitee zu den Fragen des Bündnisses mit den werktätigen Bauern Stellung. Das ZK beschloss ein agrarpolitisches Aktionsprogramm unter dem richtungweisenden Titel „Das Gesicht dem Dorfe zu!“, in dem die KPD sich erstmals nicht nur an die Kleinbauern, sondern auch an die Mittelbauern wandte. Im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die Locarno-Verträge im Herbst 1925 setzte Thälmann im Polbüro durch, dass die KPD sie nicht nur als friedensgefährdend angriff, sondern auch als Preisgabe nationaler Interessen, die antinationale Rolle der deutschen imperialistischen Bourgeoisie und die Rolle der Arbeiterklasse als Verfechter der nationalen Interessen beleuchtete.

Diese politische Wende bewirkte ein Erstarren und einen wachsenden politischen Einfluss der KPD. Von 1925 bis 1933 hat sich die Mitgliederzahl der KPD verdreifacht, die Zahl ihrer Wähler mehr als verdoppelt: von 2,7 Millionen im Dezember 1924 (SPD 7,9 Mill.) auf fast 6 Mill. im November 1932 (SPD 7,2 Mill.). In Berlin war sie seit 1930 wählerstärkste Partei und erhielt im November 1932 ein Drittel aller Stimmen. Bei den Wahlen im November 1932 erzielte die KPD auf dem Gebiet der heutigen Bundesländer Berlin, NRW, Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt sowie auch in Oberschlesien mehr Stimmen als die SPD; dies galt auch für das Saargebiet. In den Industriegebieten erhielt die SPD 1,7 Mill., die KPD 2,5 Mill. Stimmen.

Die KPD verankerte sich vielfältig in den Massen, z.B. konnte sie die Zahl ihrer Kommunalmandate von 6000 im Jahre 1923 bereits bis 1929 auf 15.283 steigern. Symptomatisch ist auch, dass zur Reichstagswahl 1930 Willi Eichler, Oskar Maria Graf, George Grosz und viele andere Intellektuelle einen Aufruf für die KPD erließen; dass zur Reichspräsidentenwahl 1932 Carl v. Ossietzky dazu aufrief, Thälmann zu wählen, und nicht nur die linkssozialdemokratische SAPD und die vom katholischen Politiker Vitus Heller geführte Christlich-radikale Arbeiter-und-Bauernpartei sich diesem Aufruf anschlossen, sondern auch beispielsweise Graf und Gräfin Moltke aus Kreisau diesem Appell folgten.

Aber wir sind schon etwas vorausgeeilt. Nach den politischen Erfolgen 1926 eröffnete der 11. Parteitag im März 1927 neue Horizonte. In seinen politischen Thesen wurden das „Bündnis der Arbeiterklasse mit allen Werktätigen zum gemeinsamen Kampf gegen das Finanzkapital“ und die „Hegemonie der von der Kommunistischen Partei geführten Arbeiterklasse in der Volksrevolution“ als „grundlegende Gesichtspunkte“ der Politik der KPD bestimmt. Als Hauptfeind wurde die monopolistische Großbourgeoisie betrachtet, der Hauptschlag wurde, so das Manifest des 11. Parteitages, „gegen das Trustkapital und seine reaktionäre Regierung“/2/ geführt.

Nach dem 11. Parteitag wurde dessen Zielstellung des Kampfes gegen Monopolkapital und Bürgerblock in die Losung des Sturzes der Bürgerblockregierung gefasst. Dieser wurde als *nächstes Ziel* im Kampf um die Diktatur des Proletariats definiert, also vom politischen Endziel deutlich unterschieden. Eine Erörterung der Machtfrage – und damit eines eventuellen strategischen Etappenziels – wurde damit nicht verknüpft, da mit einer so weit gehenden Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses nicht zu rechnen war. Ein Ansatz zu derartigen perspektivischen Überlegungen war es, dass in einer Erklärung des ZK vom Oktober 1927 die Beteiligung von Kommunisten an einer Regierung mit Sozialdemokraten für die Zukunft nicht ausgeschlossen wurde.

Heinrich Brandler und seine politischen Freunde forderten, statt der situationsgerechten, in der Stoßrichtung *antimonopolistischen* und gegen die Rechtsentwicklung gerichteten Orientierung „Gegen Trustkapital und Bürgerblock!“ doktrinär die Forderung nach „Produktionskontrolle“ in den Mittelpunkt des Kampfes der Partei zu stellen, die sowohl das politische Kräfteverhältnis als auch die konkreten Interessen der Massen ignorierte.

Die Reichstagswahl vom Mai 1928 sprach für den von der KPD eingeschlagenen Kurs. Die KPD konnte über eine halbe Million Stimmen hinzugewinnen. Von besonderer Bedeutung war ihr Wahlergebnis in Groß-Berlin. Hier konnte sie ihre Stimmenzahl gegenüber 1924 von 375.000 auf

611.000

steigern und doppelt so viel Stimmen hinzugewinnen wie die SPD (die im Reich und in Berlin ihr bestes Ergebnis seit 1919 erzielte). Ihre politische Situation gestaltete sich komplizierter. An die Stelle des offen reaktionären Bürgerblocks trat eine Große Koalition von der SPD bis zur großbürgerlichen Deutschen Volkspartei unter dem SPD-Kanzler Hermann Müller, die u.a. mit dem Übergang zum Panzerkreuzerbau eine neue Phase der Wiederaufrüstung einleitete. Um diese auch in der SPD auf massenhafte Proteste stoßende Politik abzusichern und die KPD zu isolieren, steigerte die SPD-Führung den seit 1926 (als Konsequenz ihres Dilemmas bei der Fürstenenteignungskampagne) betriebenen verschärften antikommunistischen Kurs. Wie 1920/21 in Mitteldeutschland bereitete das sozialdemokratisch geleitete preußische Innenministerium in ständigem Kontakt mit den Parteiinstanzen monatelang eine blutige antikommunistische Polizeiaktion vor. Der von einer breiten Öffentlichkeit bis weit in bürgerlich-demokratische Kreise hinein verurteilte vorsätzliche Terror gegen die Berliner Maidemonstration 1929 forderte 33 Menschenleben („Blutmai“). Das anschließende Verbot des Roten Frontkämpferbundes wurde selbst von den sozialdemokratischen Innenministern Wilhelm Leuschner (Hessen) und Adam Remmele (Baden) abgelehnt und nur unter stärkstem Druck der SPD-Führung vollzogen; in Braunschweig, wo die sozialdemokratische Landesregierung (Ministerpräsident Jaspers und Staatsminister Curt Steinbrecher) sich weiterhin grundsätzlich verweigerte, vom Reichsinnenminister Severing (SPD) verhängt. Dieser provokatorische antikommunistische Kurs wurde vom Magdeburger SPD-Parteitag (Mai 1929) gebilligt. Diese Haltung der SPD schien die von der KI vertretene und auch von der KPD akzeptierte falsche „Sozialfaschismus“-These /3/ zu bestätigen. Das von der SPD-Führung mit der Mai-Provokation verfolgte Ziel, die KPD zu isolieren, scheiterte völlig. Bei den Berliner Stadtverordnetenwahlen im November 1929 konnte die KPD fast fünf Mal so viele Wähler hinzugewinnen wie die SPD.

### Todfeind Faschismus

Zur größten Bewährungsprobe für die KPD wurde die Ende der 20er Jahre heraufziehende faschistische Gefahr. Die KPD warnte – besonders seit dem 11. Parteitag 1927 – im Zusammenhang mit dem Erstarken und dem zunehmenden Expansions- und Revanchestreiben des deutschen Monopolkapitals vor dessen wachsenden politischen Machtansprüchen. Diese äußerten sich in der reaktionären Bürgerblockpolitik und seit Herbst 1927 in sich verschärfenden antidemokratischen und antiparlamentarischen Vorstößen der Unternehmerverbände sowie im Übergang der Führung der bürgerlichen Parteien an deren rechte Flügel. Sie mündeten im März 1930 in die Etablierung einer Präsidialdiktatur – dem ersten, gravierenden Schritt auf dem Weg in die faschistische Diktatur. Mit dieser Entwicklung verbunden waren einschneidende Veränderungen im System der bürgerlichen Parteien und ihrer Wählerbasis. Von den etablierten Parteien blieben nur zwei von Gewicht: die konfessionell (katholisch) verankerten Parteien (Zentrum und Bayerische Volkspartei/BVP) und die konservativreaktionäre Deutschnationale Volkspartei (DNVP); alle anderen versanken in die Bedeutungslosigkeit. Hingegen gelang es der am äußersten rechten Rand agierenden faschistischen Nazi-Partei - 1928 noch marginal, ja rückläufig - 1929/30, die von den etablierten, durch Regierungseteiligungen verschlissenen bürgerlichen Parteien enttäuschten kleinbürgerlichen, z.T. auch (besonders in Ostelbien) proletarischen Wähler aufzufangen. Dabei nutzte sie geschickt zwei Momente: zum einen die von der imperialistischen Bourgeoisie systematisch angeheizten chauvinistischen und revanchistischen Stimmungen, zum anderen die sich ankündigende und hereinbrechende Weltwirtschaftskrise mit ihren verheerenden sozialen Auswirkungen. Sie nutzte sie für eine hemmungslose nationalistische und völlig skrupellose soziale Demagogie. Bei der Reichstagswahl im September 1930 wurde sie wählerstärkste *bürgerliche* Partei.

Bereits auf dem 12. Parteitag (Juni 1929) hob Thälmann die Nazifaschisten im Spektrum der ultrareaktionären bürgerlichen Parteien und Organisationen hervor und konstatierte, dass sie „in solchen Gebieten wie in Sachsen gewonnen haben, ... in Schleswig-Holstein unter der Landbevölkerung, besonders unter den kleinbäuerlichen Schichten, einen stärkeren Einfluß ... erreicht, ... auch in Südthüringen und Baden Fortschritte zu verzeichnen haben und überall in Deutschland an Anhang gewinnen.“/4/ In der Resolution des Polbüros des ZK über den Kampf gegen den



Faschismus vom 4. Juni 1930 wurde die Nazipartei als Instrument „des Finanzkapitals, besonders des schwerindustriellen Unternehmertums“ charakterisiert und zugleich der für ihre erfolgreiche Bekämpfung so außerordentlich wichtige Widerspruch zwischen diesem Klassencharakter und ihrer Massenbasis betont. Die Schlussfolgerung lautete: „Vor der deutschen Arbeiterklasse steht in ganzer Größe die Aufgabe, den Faschismus und seine Terrorbanden bis zur vollständigen Vernichtung niederzukämpfen.“ Dieser Kampf könne nur als politischer Massenkampf Erfolg haben. Das bedinge, die Massen „von sozialdemokratischen, parteilosen und christlichen Arbeitern, von Reichsbannerarbeitern, von SAJ- und Jungbannerarbeitern“/5/ in den Kampf einzubeziehen.

In der Resolution unterstrich die KPD die entscheidende Bedeutung der *ideologischen* Auseinandersetzung mit dem Nazifaschismus. Zur Reichstagswahl im September 1930 veröffentlichte sie am 24. August 1930 eine „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“. Darin charakterisierte sie die Nazipartei als „eine volks- und arbeiterfeindliche, antisozialistische, eine Partei der äußersten Reaktion“, als eine „Partei der mörderischen, faschistischen Diktatur“/6/, als extremste und gefährlichste Verfechterin der Interessen der imperialistischen Bourgeoisie. Den Hauptstoß richtete sie gegen die nationalistische Demagogie der Hitlerfaschisten, deren wirksamstes Instrument zur Irreführung der Massen. Die Programmerklärung war durchaus keine Sensation, sondern die von der eingetretenen Situation geforderte logische Fortsetzung aller bisherigen prinzipiellen Stellungnahmen der KPD zur nationalen Frage: der „Leitsätze über den Frieden“ 1919, der Reichstagsreden Clara Zetkins Anfang der 20er Jahre, der Positionierungen der KPD 1923, der Reichstagsrede Ernst Thälmanns in der Locarno-Debatte 1925. Angesichts der Nazidemagogie war es von entscheidender Bedeutung, dass die revolutionäre Arbeiterbewegung ihr Programm in der nationalen Frage offensiv und den Massen verständlich darstellte, dass sie die nationalen Losungen und Traditionen nicht den Faschisten zu verfälschendem Missbrauch überließ, sondern realistisch erläuterte und *gegen den bürgerlichen Nationalismus* kehrte.

## **Gegen die Faschisierung Deutschlands**

Von grundlegender Bedeutung war die Erkenntnis, dass die vom Monopolkapital ausgelöste Faschisierung Deutschlands auf zwei Wegen vorangetrieben wurde: „sowohl durch die faschistischen Kampforganisationen als auch durch den bürgerlichen Staatsapparat“/7/. Das richtige Erfassen dieses Zusammenhangs, der von den gemäßigten bürgerlichen Parteien und der SPD ignoriert wurde, war eine unumgängliche Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf gegen den Vormarsch des Faschismus. Völlig auf den Kopf gestellt wurden die Wechselbeziehungen von Großkapital, imperialistischem Staat und faschistischen Organisationen von A. Thalheimer, der die faschistische Diktatur als „die Verselbständigung der Exekutivgewalt, die Vernichtung der politischen Herrschaft der Bourgeoisie und die politische Unterwerfung aller übrigen Gesellschaftsklassen unter die Exekutive“/8/ definierte – und dies zu einer Zeit, in der die Monopole ihren unmittelbaren Einfluss auf Regierung und Staatsapparat unentwegt verstärkten! Allein die KPD machte den Mechanismus des Übergangs vom parlamentarischen Regime zur faschistischen Diktatur deutlich, der vor allem in einem immer engeren Zusammen- spiel zwischen den Präsidialkabinetten – als Hebel einer schrittweisen Faschisierung des bürgerlichen Staates – und der Nazipartei bestand. Die Konstellation, dass dabei „die faschistische Massenpartei nicht nur außerhalb der Regierung, sondern zur Zeit direkt in einer gewissen Scheinopposition bleibt, ist“ – wie Thälmann im Februar 1931 schreibt – „durchaus neuartig und entspricht ganz spezifischen Bedingungen, unter denen der Faschismus in Deutschland heranwächst“/9/. Die KPD erkannte, dass die imperialistische Reaktion in Deutschland vor allem angesichts einer starken, aktiven und kampferfahrenen Arbeiterbewegung gezwungen war, die Taktik einer schrittweisen, sozusagen „schleichenden“ Faschisierung zu favorisieren. Dem trug besonders die unter den Bedingungen der Präsidialdiktatur nunmehr kursbestimmende Militärclique Rechnung, welche die Lehren des Kapp-Putsches nicht vergessen hatte. Die KPD zog daraus die Konsequenz, sich nicht (wie 1923) auf einen künftigen „Entscheidungskampf“ zu orientieren, sondern wie Thälmann auf dem Januarplenum des ZK 1931 beton- te: „um jeden Schritt, um jede Handbreit des Bodens, den der Faschismus erobern will, kämpfen und die wirtschaftlichen und die politischen Rechte der Arbeiterklasse verteidigen“/10/.

Schon in der Polbüro-Resolution vom 4. Juni 1930 wurde die angesichts der Massenbasis der Faschisten kardinale Frage der Mittelschichten aufgeworfen. Es gelte, „das notleidende städtische Kleinbürgertum, die Beamten und Angestellten, die verelendeten Kleinhändler, Kleingewerbetreibenden, Handwerker, die verarmten Kleinbauernmassen“/11/ gegen den Faschismus in den Kampf zu führen. Gerade unter diesem Aspekt entwickelte die KPD auf dem Januarplenum des ZK 1931 die Losung der *Volksrevolution* als „eine zentrale, zusammenfassende Propagandalosung, das strategische Hauptziel, zu dem wir die Massen auf der Linie unseres sozialen und nationalen Freiheitsprogramms voranführen und sammeln“/12/. In diesem Sinne veröffentlichte sie 1931 programmatische Dokumente wie das Bauernhilfsprogramm, ergriff sie die Initiative zur Bildung antimonopolistischer Organisationen der Mittelschichten wie der „Kampfgemeinschaft der Kleingewerbetreibenden und freien Berufe“, rief sie im Februar 1931 zur „Volksaktion gegen Faschismus, Brüningdiktatur und Preußenregierung“ (später „Volksaktion für Arbeit, Brot und Freiheit“) auf und prägte sie die Losung der *Volksfront* /13/.

Dieser prinzipielle Kurs der KPD auf die Entwicklung einer möglichst breiten Massenbewegung gegen die Faschisierungspolitik und die in deren Rahmen fortgesetzten Bestrebungen zur Einbeziehung der Nazi-Partei in reaktionäre Regierungskoalitionen wurde auch nicht durch ihre überraschende Beteiligung am Preußen-Volksentscheid /14/ unterbrochen. Im November 1931 richtete das ZK der KPD einen Appell an alle Arbeiter der Sozialdemokratie, des Reichsbanners und der Gewerkschaften, die Einheitsfront gegen faschistischen Terror und sozialreaktionäre Regierungspolitik herzustellen. Einzige Voraussetzung sei die Bereitschaft zum gemeinsamen Kampf für diese brennenden Tagesinteressen, aber keineswegs die Anerkennung der „kommunistischen Auffassungen über die Grundfragen des proletarischen Klassenkampfes“/15/. Das Februar-Plenum des ZK 1932 wies auf die Rolle des Nazifaschismus als Hauptstoßkraft der reaktionärsten Gruppierungen der Bourgeoisie hin und forderte eine „außerordentliche Verschärfung“ des „Kampfes gegen den Hitlerfaschismus an allen Fronten“ /16/, aber warnte davor, „einen etwa bevorstehenden sogenannten Entscheidungskampf gegen eine Hitlerregierung“ *abzuwarten*. Angesichts der in der imperialistischen Bourgeoisie, den politischen und militärischen Eliten dominierenden strategischen Vorstellungen einer schrittweisen Faschisierung müsse die KPD im Gegenteil „gegen jede weitere Verschärfung der Faschisierung, gegen jeden weiteren Schritt in der Richtung zur offenen faschistischen Diktatur durch unseren gegenwärtigen Kampf gegen die Diktatur der Bourgeoisie überhaupt ankämpfen“/17/. Dies verlange eine möglichst breite Einheitsfront, „die Anknüpfung an den stürmischen Willen der Massen zur Einheit“/18/. Deshalb sei die „Einheitsfrontpolitik das Hauptkettenglied der proletarischen Politik in Deutschland“/19/.

Nachdem im April 1932 die Wiederwahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten und die preußische Landtagswahl, bei der die Nazifaschisten stärkste Fraktion wurden, einen Rechtsruck, eine jähe Zuspitzung der faschistischen Gefahr angezeigt hatten, ging die KPD zu einer noch breiteren Einheitsfrontpolitik über. Am 25. April 1932 wandten sich das ZK der KPD und das Reichskomitee der RGO „an alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, an alle Mitglieder der ADGB-Gewerkschaften und an alle sozialdemokratischen Arbeiter“ mit einem Aufruf, in dem sie erklärten: „Wir sind bereit, mit jeder Organisation, in der Arbeiter vereinigt sind und die wirklich den Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau führen will, gemeinsam zu kämpfen!“/20/ Dieser Appell, der sich auch ausdrücklich an die *Organisationen* richtete, fand starken Widerhall.

### **Antifaschistische Aktion!**

Eine Bilanz dieser Entwicklungen zog die Plenartagung des ZK der KPD am 24. Mai 1932, die zum Ausgangspunkt einer neuen Etappe des antifaschistischen Abwehrkampfes wurde. Es ging um drei politische Schwerpunkte, in denen neue Fragestellungen wichtige Fortschritte erbrachten. Als entscheidende politische Aufgabe wurde gestellt, mit allen – außerparlamentarischen und parlamentarischen – Mitteln die Einbeziehung der Nazi-Partei in die Reichsregierung und die preußische Regierung zu verhindern. Dieses (im Grunde *strategische*) Ziel bestimmte die gesamte Tätigkeit der Partei bis zum Frühjahr 1933. In diesem Zusammenhang stellte Thälmann bei der Auswertung des Maiplenums auch unmissverständlich fest, dass eine Aufstellung der Losung *Arbeiter-und-Bauern-Re-*

*gierung* „als Aktionsparole ... eine Verkennung der gegenwärtigen Situation“/20a/ bedeuten würde. Andere politische Richtungen schlossen eine solche konkretisierte, begrenzte Aufgaben- und Zielstellung aus. Leo Trotzki sah Mitte 1932 für Deutschland „die Aufgabe des direkten und unmittelbaren Machtkampfes“ und der Bildung von *Sowjets* /21/. Ähnlich meinte A. Thalheimer im Sommer 1932, man müsse „zum revolutionären Angriff übergehen. Man muß sich unmittelbar den Sturz des Kapitalismus zum Ziele setzen.“/22/

Von der entscheidenden *antifaschistischen* Aufgabe ausgehend, betrachtete das Maiplenum als das Wichtigste „das Herumreißen der Partei zu einer wirklichen Einheitsfrontpolitik... Das Wichtigste, was wir zu schaffen haben, wenn wir Kämpfe auslösen wollen, ist, die schon vorhandene Mauer, die zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern steht, zu beseitigen.“/23/ In diesem Zusammenhang wandte Thälmann sich entschieden gegen jegliche Gleichstellung von Nazi-Partei und Sozialdemokratie, ihre Betrachtung als „Zwillingsbrüder“/24/. In der weiteren Auswertung des Maipenums wies er nachdrücklich auf die veränderte Stellung der SPD im politischen System hin: „Im Frühjahr, bis zum Sturze der Regierung Brüning, war die Sozialdemokratie die Koalitionspartei für das Reichskabinett Brüning, während jetzt die Nationalsozialistische Partei die Koalitionspartei wird. ...diese fundamentale Rolle, die die SPD spielte, wird jetzt mehr und mehr von der nationalsozialistischen Bewegung übernommen.“/25/

Eine dritte sehr gewichtige neue Fragestellung ergab sich zum einen aus dem veränderten Blick auf die SPD, zum anderen aus der neuen Konstellation im preußischen Landtag: die Orientierung auf Kompromisse mit den Parteien der Weimarer Koalition, um Positionsgewinne der Nazis zu verhindern. Diese hatte Thälmann bereits am Tage vor dem ZK-Plenum der KPD-Landtagsfraktion erläutert, und ZK und Landtagsfraktion hatten einen gemeinsamen Aufruf „Rote Einheitsfront gegen die Preußen-Reaktion! Die KPD zeigt den Weg zur Verhinderung der Nazi-Regierung“ veröffentlicht. Diese Orientierung ging davon aus, wie Thälmann in Auswertung des Maipenums erläuterte, wenn die SPD „wirklich den Kampf gegen ... den Faschismus führen will..., wenn das Zentrum es mit seiner radikalen Oppositionsstellung ernst meint, ... dann könnten wir in Preußen, wo eine Mehrheit von Sozialdemokratie, Zentrum und Kommunisten besteht, durch jede parlamentarische Abstimmung die Pläne der Papen-Regierung vernichten (parlamentarisch gesehen). Hier beginnt also eine kühne, offensive Maßnahme der Ausnutzung der Schlüsselstellung unserer Partei im preußischen Parlament.“/26/ Die KPD sicherte durch ihr Verhalten im Landtag, dass die Regierung Braun (SPD), die ihre parlamentarische Basis verloren hatte, als geschäftsführende Regierung *im Amt blieb* und wies juristische Attacken der Nazis auf Mitglieder dieser Regierung zurück. Ihre an SPD und Zentrum gerichteten Angebote hätten es auch ermöglicht, die Wahl eines Nazis in die wichtige Funktion des Landtagspräsidenten zu verhindern, wurden aber durch das Zentrum konterkariert, das die Wahl eines Nazis ermöglichte.

Das Fazit des Maipenums aus diesen Einschätzungen und Aufgabenstellungen war, dass „wir eine große antifaschistische Aktion in Deutschland durch unsere Partei und [die] RGO in die Wege zu leiten haben“/27/. Am 25. Mai rief das ZK der KPD zur Antifaschistischen Aktion auf. Diese müsse „dem Hitlerfaschismus den Weg zur Macht verlegen“, „der Faschisierung Deutschlands Einhalt ... gebieten“ und „durch den organisierten roten Massenselbstschutz in breitester Einheitsfront den Mordterror des Hitlerfaschismus brechen“. An die Sozialdemokraten gewandt hieß es: „schlagt in die Bruderhand ein, die die Kommunistische Partei euch bietet!“/28/ Die KPD orientierte darauf, zur „Leitung der Bewegung ... Einheitsausschüsse ... auf breitester Grundlage“/29/, Selbstschutzformationen und andere Gremien zu bilden, die ein möglichst breites antifaschistisches Bündnis zum Ausdruck bringen. Diese Initiative hatte außerordentliche Resonanz. In wenigen Wochen wurde die Antifaschistische Aktion zu einer deutschlandweiten organisierten Bewegung mit wirklichem Massencharakter, an der neben den Mitgliedern und Sympathisanten der KPD in großem Umfange Sozialdemokraten, Mitglieder des Reichsbanners und der freien Gewerkschaften, Sportler und Angehörige christlicher Organisationen aktiv teilnahmen, einer Bewegung, die nicht nur Arbeiter, sondern auch Kreise der Mittelschichten erfasste.

Wenige Tage nach dem Maiplenum und der Auslösung der Antifaschistischen Aktion, am 1. Juni, wurde Brüning durch Papen ersetzt. Die KPD schätzte dessen Regierung sofort als „Platzhalterin des Hitlerfaschismus“ ein, die „die Vorbereitung der offenen, faschistischen Diktatur in

Deutschland“/30/ betreibt. Dem wirkte die Antifaschistische Aktion erfolgreich entgegen. Es gelang ihr, den Naziterror weitestgehend zurückzudrängen. Zugleich gelang es KPD und RGO durch die Herbststreikwelle (1100 Streiks, zu etwa 80% erfolgreich), auch den von Papen versuchten, bisher rabiatasten Lohn- und Unterstützungsabbau im wesentlichen abzuwehren. Dies alles schlug sich im Ergebnis der Reichstagswahl vom 6. November 1932 nieder. Die Nazi-Partei verlor zwei Millionen Stimmen und geriet in eine Existenzkrise./31/ Die KPD erlangte ihren bisher größten Masseneinfluss (siehe oben, S. 4). Die Präsidialdiktatur (entscheidend beeinflusst durch die Militärclique) sah sich gezwungen, zu manövrieren. Papen wurde durch den politischen Kopf der Reichswehr, General v. Schleicher, ersetzt, der versuchte, u.a. durch Kontakte mit den Gewerkschaften, eine offene politische Krise zu vermeiden. Jetzt bot sich die Chance, durch ein gemeinsames Auftreten der Arbeiterparteien und Gewerkschaften den Kräften der Faschisierung eine Niederlage zu bereiten. Doch sie wurde durch die nicht nur unverändert, sondern sogar verschärft antikommunistische Positionierung der SPD-Führung vertan./32/

### **Kompromisslos gegen jede Hitler-Regierung**

Schon am Tage nach Schleichers Berufung schätzte die KPD sein Kabinett als ein kurzfristiges, labiles „Übergangskabinett, als ein Platzhalterkabinett zur Vorbereitung einer Hitlerkoalition bzw. Hitlerregierung“/33/ ein. Sie wandte sich gegen die Auffassungen von Sozialdemokraten, es „sei eine ‚Entspannung‘ des Klassenkampfes eingetreten“ und warnte eindringlich: „Wir müssen gegen Überumpelungsmanöver und sensationelle, überraschende Angriffsmaßnahmen gewappnet sein.“/34/ Zugleich leitete sie eine vielfach erfolgreiche Kampagne gegen Hunger und Frost ein, um – unter Hinweis auf die riesigen Lagerbestände – durch organisierte Massenaktionen die kostenlose Abgabe von Brot, Kartoffeln und Kohlen an Millionen Bedürftige durchzusetzen. Ihre Warnungen verstärkte sie im Januar 1933. Am 26. Januar wies Thälmann in der „Roten Fahne“ auf die akute Gefahr „noch ernsterer faschistischer Provokationen, Staatsstreichpläne und sonstiger Anschläge...“, zu denen die Bourgeoisie rüstet..., Aktionen in der Linie eines neuen 20. Juli [1932] auf höherer Stufe“, hin. Die KPD verpflichtete „alle ihre Mitglieder und alle ihre Anhänger angesichts der steigenden Terrorwelle des Hitlerfaschismus bei jedem Überfall der SA-Kolonnen auf sozialdemokratische oder parteilose Klassengenossen zu aktiver, entschlossener und lebendiger Solidarität“, verpflichtete sie, „in brüderlicher Kameradschaft das Kampfbündnis mit den sozialdemokratischen, den christlichen, den unorganisierten ... Klassengenossen ... zu schließen“/35/. Nach Rücktritt der Schleicher-Regierung am 28. Januar warnte die KPD sofort in Flugblättern vor der Einsetzung einer faschistischen Diktaturregierung mit Hitler, Papen und Hugenberg und rief zu Straßendemonstrationen und zur Vorbereitung des politischen Massenstreiks im Zeichen der antifaschistischen Einheitsfront auf. Am 29. Januar erschien „Die Rote Fahne“ unter der Schlagzeile „Alarm! Alarm!“, rief zur „Einheitsfront der Tat gegen den faschistischen Generalangriff“ auf und erklärte, „der ganzen ungeheuerlichen Reichweite der kommenden Ereignisse ... bewußt, wiederholen die Kommunistische Partei und die RGO ihr schon am 20. Juli vorigen Jahres gemachtes Einheitsfrontangebot“.

Sofort nach Bekanntwerden der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, noch am 30. Januar, verbreitete die KPD einen Aufruf, in dem sie die neue Regierung als „Kabinett der offenen, faschistischen Diktatur“ charakterisierte, deren „Kurs auf die volle Zerschlagung aller Arbeiterorganisationen“ gerichtet sei. Die KPD „wendet sich vor der gesamten proletarischen Öffentlichkeit mit diesem Aufruf zugleich an den ADGB, an den AfA-Bund, an die SPD und die christlichen Gewerkschaften mit der Aufforderung, gemeinsam mit den Kommunisten den Generalstreik gegen die faschistische Diktatur der Hitler, Hugenberg, Papen, gegen die Zerschlagung der Arbeiterorganisationen, für die Freiheit der Arbeiterorganisationen durchzuführen!“/36/ In den folgenden Wochen bis in den April fanden zahlreiche Protestkundgebungen, Gegendemonstrationen gegen Nazis, Streiks und andere antifaschistische Aktionen mit Massencharakter statt./37/ Zum Generalstreik gegen die Hitlerregierung kam es nur deshalb nicht, weil die SPD-Führung und die maßgeblichen sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer sich dem mit aller Kraft entgegenstimmten und es ihnen immer noch gelang, die Massen ihrer Anhänger über ihre defensive, ja defaitistische Haltung zu täuschen./38/

Zur raschen Orientierung der Parteiorganisationen in der dramatisch veränderten Situation und

zur Vorbereitung der für den 5. März anberaumten Reichstagswahl führte das Sekretariat des ZK am 7. Februar 1933 im Sporthaus Ziegenhals bei Berlin eine illegale Konferenz leitender Funktionäre durch. /39/ Der Parteivorsitzende E. Thälmann sprach zur Einschätzung der neuen Lage und sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen. Er betonte, dass die deutsche Arbeiterbewegung nun mit der brutalsten Unterdrückung ihrer ganzen Geschichte konfrontiert sei und der Terror sich noch steigern werde. Die unmittelbare, *alles* entscheidende Aufgabe sei der *Sturz der Hitlerregierung* (auch wenn dieser nicht mit der proletarischen Revolution verbunden sei). Das war die konsequente Fortsetzung des Grundgedankens der Antifaschistischen Aktion und seines strategischen Aspekts. Hitlers Sturz aber könne nur durch Massenaktionen herbeigeführt werden. Thälmann unterstrich, dass die KPD mit ihrem Einheitsfrontangebot an die SPD, die freien und christlichen Gewerkschaften vom 30. Januar „eine kombinierte Einheitsfrontpolitik von unten und oben“/40/ durchführte. Es gelte, „den Kampf um die sozialdemokratischen Arbeiter zur Teilnahme an gemeinsamen Aktionen und Kämpfen gegen die faschistische Diktatur aufs stärkste [zu] steigern. Wir müssen überall den gemeinsamen Massenselbstschutz aufziehen.“/41/ Die Konferenz von Ziegenhals hat entscheidend dazu beigetragen, dass die KPD sich angesichts der Hitlerregierung von Anfang an auf eine kompromisslose Bekämpfung dieses Regimes und aktives Handeln eingestellt hat. Sie war die bedeutendste zentrale Tagung der KPD zwischen der 3. Parteikonferenz (Oktober 1932) und der Tagung des ZK der KPD Ende Januar 1935.

Die **vierte Entwicklungsphase** der KPD wird durch den VII. Weltkongress der KI und die „Brüsseler Konferenz“ der KPD eingeleitet. In dieser Zeit entwickelt die KPD mit der Volksfrontstrategie und dem strategischen Ziel einer (antifaschistischen, antiimperialistischen) demokratischen Republik das theoretische Konzept einer antifaschistisch-demokratischen strategischen Etappe. Sie hatte den größten Anteil am antifaschistischen Widerstand, formierte sich 1945 sofort als Massenpartei in ganz Deutschland und setzte sich im Osten Deutschlands an die Spitze der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung.

## Anmerkungen

\* Einführungsvortrag auf der Donnerstag-Veranstaltung des Arbeitskreises am 29. Oktober 2015.

1 Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. VIII, Berlin 1975, S. 913-933.

2 Ebenda, S. 466 u. 517.

3 Als die führenden Kreise des Großkapitals Ende der 1920er Jahre Kurs auf die Aushöhlung und den Abbau der bürgerlichen parlamentarischen Demokratie (mit der Konsequenz ihrer Beseitigung) nahmen und damit den Übergang zur faschistischen Diktatur einleiteten, *verschärfte* die SPD als Regierungspartei ihr Vorgehen gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung. Darüber hinaus beschränkte sie in entscheidenden Funktionen des bürgerlichen Staates (Minister, Polizeipräsidenten) die demokratischen Rechte und Freiheiten der Massen und ging mit brutalem Terror, ja mit *vorsätzlichem* Blutvergießen (z.B. Berliner Blutmai 1929, RFB-Verbot) gegen sie vor. So erleichterte, ja *förderte* sie die Faschisierungspolitik des Großkapitals und der Großagrarier. Unter diesen Umständen fand in der kommunistischen Bewegung die Ansicht Verbreitung, die sozialdemokratische Politik und Ideologie entwickle sich zum „Sozialfaschismus“. Das beachtete nicht, dass die Sozialdemokratie als *Teil der Arbeiterbewegung*, auf Grund ihrer sozialen Basis und ihrer Tradition, den faschistischen Bestrebungen objektiv im Wege stand. Es reizte dazu, zwischen Faschismus und Sozialreformismus ungenügend zu differenzieren und erschwerte das Ringen um die Einheitsfront mit den Sozialdemokraten, verstellte insbesondere auch den Blick für alle sich dazu eröffnenden Möglichkeiten, und seien sie auch noch so gering.

4 E. Thälmann: Zur Machtfrage. Reden, Artikel und Briefe 1920-1935, Berlin 1982, S. 224.

5 Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands. Eine Auswahl von Materialien und Dokumenten aus den Jahren 1914-1946, Berlin 1954, S. 265 u. 267.

6 Dokumente zur Geschichte der SED, Bd. 1, Berlin 1981, S. 249.

- 7 Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands, S. 267.
- 8 A. Thalheimer: Programmatiscbe Fragen. Kritik des Programmwurfes der Kommunistiscben Internationale (VI. Weltkongreß), Mainz (1993), S. 62.
- 9 E. Thälmann: Zur Macbtfrage, S. 288.
- 10 Ebenda, S. 278.
- 11 Zur Geschichte der Kommunistiscben Partei Deutschlands, S. 267.
- 12 E. Thälmann: Zur Macbtfrage, S. 279.
- 13 Ebenda, S. 298.
- 14 Vgl. dazu *Geschichtskorrespondenz*, Mai 2012, S. 9/10, u. Herbst 2008, S. 10/11.
- 15 Die Rote Fahne, 29. November 1931.
- 16 E. Thälmann: Der revolutionäre Ausweg und die KPD. Rede auf der Plenartagung des ZK der KPD am 19. Februar 1932 in Berlin, o.O.u.J., S. 49.
- 17 E. Thälmann: Ausgewählte Reden und Scbriften in zwei Bänden, Bd. 2, Frankfurt a.M. 1977, S. 156/157.
- 18 Ebenda, S. 182.
- 19 Ebenda, S. 181.
- 20 Die Antifascbistische Aktion. Dokumentation und Chronik Mai 1932 bis Januar 1933. Hrsg. u. eingel. v. H. Karl u. E. Kücklich, Berlin 1965, S. 3 u. 7.
- 20a Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Zentrales Parteiarchiv, 1/30/51, Bl. 132.
- 21 L. Trotzki: Was nun? Scbicksalsfragen des deutschen Proletariats, Berlin 1932, S. 22, 23, 54.
- 22 A. Thalheimer: Wie scbafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Fascbismus?, Berlin 1932. S. 13 u. 19.
- 23 E. Thälmann: Ausgewählte Reden und Scbriften, Bd. 2, S. 186/187.
- 24 Ebenda, S. 185.
- 25 Die Antifascbistische Aktion, S. 83.
- 26 Ebenda, S. 87.
- 27 Thälmann, Bd. 2, S. 191.
- 28 Die Antifascbistische Aktion, S. 33.
- 29 Ebenda, S. 36.
- 30 Ebenda, S. 78.
- 31 Vgl. *Geschichtskorrespondenz*, Januar 2013, S. 3 u. 4.
- 32 Vgl. ebenda, S. 5/6.
- 33 Thälmann, Bd. 2, S. 318.
- 34 Ebenda, S. 321.
- 35 Ebenda, S. 338 u. 342.
- 36 Die Antifascbistische Aktion, S. 354/355.
- 37 Vgl. *Geschichtskorrespondenz*, Juli/August 2013, S. 16.
- 38 Vgl. ebenda, S. 15-19.
- 39 Das Polbüro des ZK hatte eine „Konferenz der Polsekretäre, ZK-Instrukteure und Abteilungsleiter“ einberufen; auch ein knappes Drittel der ZK-Mitglieder war anwesend. Zu Charakter und Teilnehmerkreis der Konferenz vgl. H. Karl: Zur illegalen Konferenz der KPD am 7. Februar 1933 im Sportbaus Ziegenbals, in: Mitteilungen der Kommunistiscben Plattform der Partei DIE LINKE, Heft 2/ 2013, S. 23-26.
- 40 E. Thälmann: Geschichte und Politik. Artikel und Reden 1925 bis 1933, Berlin 1973, S. 217.
- 41 Ebenda, S. 225/226.

**Bemerkungen zu: Grover Furr, Chruschtschows Lügen. Die Beweise, dass alle „Enthüllungen“ über Stalins (und Berias) „Verbrechen“ in Nikita Chruschtschows „Geheimrede“ auf dem 20. Parteitag der KPdSU am 25. Februar 1956 nachweislich falsch sind (Berlin 2014)**

Nach eingehender Durchsicht des Buches komme ich nicht umhin, seinen Titel (und den großspürigen Untertitel) als dreiste Lüge und vorsätzliche Irreführung der Leser zu qualifizieren. Gegenstand der Darlegungen Furr sind Aussagen Chruschtschows in seinem Bericht in der geschlossenen Sitzung des XX. Parteitages „Über den Personenkult und seine Folgen“, die sich auf die massenhafte ungerechtfertigte Verfolgung von Mitgliedern der KPdSU und anderen Sowjetbürgern (allein von 1935 bis 1940 fast zwei Millionen, davon fast 700.000 Ermordete) sowie konkrete Handlungen J. Stalins, seine politische Verantwortung, seinen Leitungsstil usw. und deren Auswirkung auf die Partei, den Sowjetstaat und die sowjetische Gesellschaft bezogen.

Furr rechtfertigt generell diese Repressionen und bezeichnet die in Chruschtschows Bericht zu zahlreichen Persönlichkeiten getroffene Feststellung ihrer ungerechtfertigten Verfolgung und Ermordung als unbegründet – „Chruschtschows Lügen“. (Vgl. dazu die Besprechung von Klaus Stein in der UZ vom 17. Juli 2015, S. 10.) Er erklärt die Opfer des vom XX. Parteitag der KPdSU verurteilten Regimes – Persönlichkeiten wie die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros der KPdSU Wosnesenski, Rudsutak, Tschubar, Kossior, Postyschew, Eiche, den Sekretär des ZK Kusnezow, den Vorsitzenden des Ministerrats der RSFSR Rodionow, den Generalsekretär des Komsomol Kossarew, den Schriftsteller Michail Kolzow – zu Verbrechern und Verrätern. Besonders empörend ist die entsprechende Diffamierung hervorragender sowjetischer Militärs wie Uborewitsch, Tuchatschewski, Jegorow, Blücher, Jakir, Kork, Alksnis, Gamarnik, Putna, Eidemann.

Furr beweist gar nichts, denn seine „Beweisführung“ und die ihr zu Grunde liegende Quellenkritik spotten jeder Beschreibung. Seine „Beweise“ entnimmt er den Protokollen der inszenierten Moskauer Schauprozesse der Jahre 1936-1938 – für Furr sind das die „berühmten Moskauer Prozesse“ (S. 78), deren Moritäten er als erwiesene Tatsachen wertet -, den noch dubioseren Untersuchungsakten von NKWD und NKGB mit en masse erpressten und erforterten Aussagen (was er selbst zugibt!), Elaboraten aus der Sudelküche des Beria-Komplicen Abakumow, Ausstrahlungen von „Radio Liberty“ und Produkten der russischen Sensationspresse seit Ende der 80er Jahre. Charakteristisch für seine „Beweisführungen“ ist auch, dass es in ihnen von Begriffen und Redensarten wie „Indizien“, „mutmaßt“, „offenbar muss es gegeben haben“, „wahrscheinlich“, „irgendeiner Art von Verschwörung“ nur so wimmelt. (Nebenbei: Verglichen mit all dem ist seine Widerlegung von Chruschtschows Story, Stalin habe Militäroperationen an einem Globus geplant – was schon 1956 als ironische Übertreibung betrachtet wurde – höchst belanglos.)

Furr übertrifft noch das im „Kurzen Lehrgang“ und in Wyschinskis berüchtigten Anklagereden gemalte offizielle Horrorszenario der Stalin-Ära, wenn er – gestützt auf seine obengenannten Pseudo-Quellen - „die Existenz einer über die ganze Sowjetunion ausgebreiteten rechtsgerichteten Verschwörung“ (S. 69), „ein weitverbreitetes rechts-trotzkistisches Netzwerk von regierungsfeindlichen Verschwörungen, in das viele leitende Parteiführer, die beiden NKWD-Chefs Jagoda und Jeschow, hochrangige Militärführer und viele andere involviert waren“ (S. 42) mit Jeschow (!) als Zentralfigur (S. 74/ 75, 89, 210) halluziniert. Das so erzeugte Klischee mündet in das folgende phantastische, aber für seine Methode typische Konstrukt: „Es gibt eine Menge Indizienbeweise, die darauf hinweisen, dass Chruschtschow selbst möglicherweise einer der Mitwirkenden in dieser rechts-trotzkistischen Konspiration gewesen ist. Diese Hypothese würde die meisten Beweise schlüssig erklären, kann aber nicht eindeutig be- oder widerlegt werden. Allerdings würde eine solche Hypothese weitestgehend Chruschtschows Attacken auf Stalin erklären und sogar die weitere Geschichte der KPdSU.“ (S. 43) So originell ist die Geschichte der KPdSU nach Stalin in der Tat noch nicht erklärt worden – aber durchaus ganz in seinem Sinne.

Noch mehr wird die Grenze zum Absurden überschritten, wenn Furr allen Ernstes Stalin als ve-

hementen Gegner jeglichen Personenkults vorstellt – „bewiesen“ durch dessen routinemäßigen Schutzbehauptungen (S. 23, 261 ff.) – und seine politische Verantwortung für dessen Grassieren vehement bestreitet (S. 22/23). Ebenso unbegründet ist seine Polemik gegen Chruschtschows kritische Bemerkungen zu der uns noch wohlbekanntem Stalin-Biographie (S. 147 ff.). Selbst die von ihm zur Widerlegung Chruschtschows angeführten längeren Zitate unterstreichen nur dessen Aussagen. Mit Erstaunen liest man auch Furr's Auslassungen über „die mit Stalin verbundenen demokratischen Reformen... Diese Reformen hatten das Ziel, die Partei allmählich von der Kontrolle über Politik, Ökonomie und Kultur zu entbinden und diese Kontrolle gewählten Räten zu übertragen.“(S. 235) „... Stalin und seine Verbündeten, welche die Partei von den Hebeln der Macht ablösen wollten...“ (S. 236) „Stalin und seine Anhänger verfochten den Plan der Demokratisierung der Sowjetunion durch demokratisch umkämpfte Wahlen.“(S. 237)

Nicht weniger realitätsfern ist es, wenn Furr, um Stalins Bescheidenheit und persönliche Anspruchslosigkeit zu beweisen, behauptet: „Stalin versuchte vier Mal, von seinem Posten als Generalsekretär zurückzutreten. Jedes Mal wurde sein Gesuch abgelehnt.“(S. 39) Dabei handelte es sich 1924, 1926 und 1927 (S. 274-276) um taktische Manöver Stalins in innerparteilichen Auseinandersetzungen, die auf die Stärkung seiner Position gerichtet waren und dies auch erreichten. Am massivsten äußerten sich – ein halbes Jahr vor seinem Tode! - Stalins nach wie vor ungehemmtes persönliches Machtstreben und seine dabei angewandte raffinierte und skrupellose Taktik bei seinem vierten „Rücktritts“-Theater auf dem Oktober-Plenum des ZK 1952 (im Anschluss an den XIX. Parteitag). Furr bemüht sich, dies zu verschleiern, indem er die formale (und gutgläubige) Erinnerung eines Teilnehmers zitiert (S. 276/ 277); die ihm sehr wohl bekannten (vgl. S. 166), äußerst plastischen und aufschlussreichen Erinnerungen von Konstantin Simonow an diesen Vorgang (K. Simonow: Aus der Sicht meiner Generation. Gedanken über Stalin, Berlin 1990, S. 235-237) hingegen unterschlägt.

Furr ist bemerkenswert einfallsreich, wenn es gilt, Stalins Verantwortung für die mit seiner Führungs- und Machtposition verbundenen Deformationen und Verbrechen zu leugnen. So streitet er dessen Verantwortung für die Tätigkeit seines willigen Werkzeugs, des auf sein Betreiben eingesetzten Volkskommissars für Innere Angelegenheiten, Jeschow, rundweg ab (S. 41/42). Aber seine Glanzleistung ist wohl, dass es ihm gelang, herauszufinden, „dass es nicht Stalin war, sondern die ZK-Mitglieder – und im besonderen die Ersten Sekretäre [der Gebietskomitees usw. - H.K.] -, die die Massenrepressionen und -exekutionen initiierten“ (S. 241). „In Wirklichkeit waren es die Ersten Sekretäre der Partei ..., die zu ‚Massenrepressionen‘ griffen.“ (S. 62) Die Gebietssekretäre, insbesondere der Politbüroandidat Robert Eiche, setzten (nach Furr) Stalin derart unter Druck, dass er nachgeben musste. Furr schreibt allen Ernstes, dass (der Kujbyschewer Gebietssekretär!) Eiche „Stalin gefangengenommen und exekutiert haben würde, wenn Stalin sich ihnen verweigert hätte“ (S. 69)

Auch zur Rechtfertigung der massenhaften Liquidierung führender Militärs (vor allem 1937/1938, aber auch in den folgenden Jahren, zuletzt – im Mai 1941! – des Befehlshabers der Luftstreitkräfte Rytshagow und des Befehlshabers der Luftverteidigung G.M. Stern) bedient Furr sich seiner bewährten Mittel der Täuschung und Manipulation. Nachdem er die unbegründeten und verhängnisvollen Verfolgungen militärischer Führungskader verteidigt und Chruschtschows zutreffende Kritik als Lüge hingestellt hat, behauptet Furr: „Marschall Konew widersprach Chruschtschow 1965 in einem Gespräch mit dem Schriftsteller Konstantin Simonow besonders scharf.“ (S. 114) Er will dem Leser mit einer aus dem Zusammenhang gerissenen Passage aus diesem Gespräch (Furr, S. 326; vgl. Simonow, Aus der Sicht..., S. 399 ff.) suggerieren, Konew habe die grundsätzliche Einschätzung Chruschtschows abgelehnt. Tatsächlich aber äußert Konew sich hier lediglich zu einer Detailfrage, dem unterschiedlichen Leistungsvermögen betroffener Militärs – und keineswegs „besonders scharf“.

Furr unterschlägt die weiteren prinzipiellen Ausführungen Konews, die eine geradezu vernichtende Kritik der Politik Stalins beinhalten, wenn er feststellt, „es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß wir, hätte es die Jahre 37/38 nicht gegeben, nicht nur in der Armee, sondern auch in der Partei und im Lande im Jahre 41 unvergleichlich stärker gewesen wären, als wir es waren..., weil in unseren Reihen noch einige hunderttausend ... Menschen gestanden hätten, die in diesen Jahren für nichts



und wieder nichts umgebracht worden sind. Diese Menschen hätten Kommandostellen im Lande und in der Armee eingenommen ... von den höchsten bis zu den niedrigsten ... und sie hätten mehr als die Hälfte des Führungsbestandes ... in der Armee ... ausgemacht. So aber wurden sie völlig grundlos vernichtet. Und wir begannen, wenn wir von den Führungskadern in allen Sphären sprechen, den Krieg mit nur dreißig oder vierzig Prozent der Kader, über die wir hätten verfügen können, wären die Jahre 37/ 38 nicht gewesen...

Und schließlich die Atmosphäre. Stellen wir uns den Krieg des Jahres 41 mit einer anderen Atmosphäre vor, so, als hätte es die Jahre 37/38 nicht gegeben, nicht die Einschüchterung, nicht das Mißtrauen, nicht den Wahn, von Spionen durchsetzt zu sein. Hätte es das alles nicht gegeben, wäre das Land auf keinen Fall dem Krieg gegenüber so unvorbereitet gewesen, wie es war... Nur aus dieser Situation des ungeheuerlichen Terrors, dessen Rückfälle sich auf eine Reihe von Jahren erstreckten, kann man die sinnlosen Vorkriegsdispositionen erklären.“ (Simonow, S. 408/409)

Wie Konew, so äußern sich auch andere prominente sowjetische Militärs, wie die Marschälle Shukow, Wassilewski und Bagramjan und viele andere; nicht einer schenkt den von Furr zu Tatsachen erklärten Verleumdungen ihrer verfolgten und ermordeten Kameraden den geringsten Glauben. Furr weiß das sehr wohl, aber stellt ungeniert die Dinge auf den Kopf.

Wie mit Konew springt Furr auch mit Marschall Shukow um, seit 1942 Stellvertreter Stalins als Oberster Befehlshaber. Von dessen Aussagen über Stalin als militärischer Führer unterbreitet er nur positive (S. 328/329), die kritischen verschweigt er. Auch Shukow betont – auch aus ganz persönlichem Erleben – „das Resultat der Jahre 1937 und 1938“: „Wenn man die Ausbildung und Vorbereitung unserer Kader vor den Geschehnissen dieser Jahre, also 1936, und nach den Ereignissen, im Jahre 1939, vergleicht, muß man konstatieren, daß das Niveau der Gefechtsausbildung der Truppen sehr stark abgesunken war. Nicht genug, daß die Armee, angefangen bei den Regimentern, in bedeutendem Maße enthauptet war, war sie durch die Ereignisse auch noch zersetzt worden. Es war ein gefährlicher Verfall der Disziplin zu beobachten... Viele Kommandeure waren ratlos und sahen sich außerstande, Ordnung zu halten.“ (Simonow, S. 349) Shukow, der von Februar bis Ende Juli 1941 sowjetischer Generalstabschef war, verweist auch auf Stalins folgenschwere falsche Bewertung der militärischen Möglichkeiten und Optionen Hitlerdeutschlands 1941 und darauf, dass Stalin wichtige Erkenntnisse der sowjetischen Aufklärung, die seinen Vorstellungen widersprachen, dem Generalstab vorenthalten hat (Simonow, S. 316, 352, 357).

Besonders unappetitlich ist Furrts tatsachenwidrige und diffamierende Darstellung der Maßregelung Shukows 1947, seiner Absetzung als Stellvertreter des Ministers der Streitkräfte und Versetzung auf den untergeordneten Posten des Chefs des Odessaer Militärbezirks sowie dem Ausschluss aus dem ZK der KPdSU(B). Furr, der übrigens wiederholt behauptet, Shukow sei degradiert worden (S. 115, 120, 334, 364), was nicht den Tatsachen entspricht, verschweigt den ihm sehr wohl bekannten Bericht Marschall Konews über die Sitzung des Obersten Militärates, die der Maßregelung vorausging, auf der Stalin, sekundiert von Beria, scharfe und ungerechte politische Angriffe gegen Shukow vortrug, während die Marschälle Konew und Sokolowski und Marschall der Panzertruppen Rybalko ihn verteidigten (Simonow, S. 428-430). Statt dessen behauptet er, der erfolgreichste Feldherr des Zweiten Weltkrieges sei gemäßregelt (bei ihm: „degradiert“) worden, weil „er deutsche Kriegsbeute zur eigenen Bereicherung stahl“ (S. 115). Als „Beleg“ präsentiert er ein in einer von ihm selbst als „obskur“ (S. 364) charakterisierten Zeitschrift veröffentlichtes Papier des Beria-Intimus Abakumow (S. 334/335). Dieses gehört wahrscheinlich zu der von Abakumow angelegten Akte über eine angebliche „Verschwörung von Militärs“ (Simonow, S. 382) und macht einen derart dubiosen Eindruck, dass man es 1948 offenbar für geraten hielt, damit nicht zu operieren.

Charakteristisch für Furrts selektiven und manipulativen Umgang mit den Fakten und Quellen sind auch seine Darlegungen über das bereits erwähnte Oktober-Plenum des ZK 1952. Er bestreitet den von Chruschtschow zutreffend gekennzeichneten politischen Sinn der auf Betreiben Stalins vorgenommenen Veränderungen in der Parteispitze – u.a. die Verdrängung von Molotow und Mikojan aus der engeren Parteiführung -, was er mit den formalen Notizen eines „Neulings“ (S. 166 u. 355/356) „belegt“, während er die aussagekräftige Reflexion Simonows (Aus der Sicht, S. 232-235) unterschlägt. Simonow und Schepilow (Furr, S. 355) unterstützen voll und ganz die Einschätzung Chruschtschows.

Alle diese und ähnliche Verdrehungen, Täuschungen, Manipulationen und halsbrecherischen Konstruktionen durchziehen, Seite für Seite, das ganze Buch. Das Ergebnis ist ein demagogisches politisches Pamphlet ohne den geringsten wissenschaftlichen Wert.

Am Ende kommt Furr zu dem Schluss, es „muss irgendetwas in Lenins Werken und in den Werken der großen Lehrer Lenins, Marx und Engels, die Fehler gefördert haben, die Lenins ehrlicher Nachfolger Stalin in aller Ehrlichkeit beging“ (S. 259). Offenbar ist ihm völlig entgangen, dass er damit bei einer zentralen These antikommunistischer „Kritiker“ gelandet ist: die stalinistischen Deformationen seien die (zwangsläufige) Folge der Anwendung der Theorie von Marx, Engels und Lenin. Als fanatischer Apologet Stalins und dessen ambivalenter Politik und Ideologie vermag er offenbar nicht zu begreifen, dass Stalin kein konsequenter Fortsetzer des Wirkens von Marx, Engels und Lenin war, dass er in einigen zentralen Fragen der Theorie und Politik die Leninschen Positionen nicht tiefgründig und allseitig erfasste, sie unterschätzte, vulgarisierte, entstellte, ignorierte – insbesondere in Fragen der Partei, des Staates, vor allem der sozialistischen Demokratie, der Mittelschichten, der Formen und des Tempos der sozialistischen Umgestaltungen, des sozialistischen Wirtschaftssystems.

Objektiver Sinn der wissenschaftlich haltlosen, demagogischen Diffamierung des Berichtes Chruschtschows und der offenen Rechtfertigung der stalinistischen Deformationen ist das Negieren der historischen Leistung des XX. Parteitages der KPdSU, der die Chance zu einer grundlegenden Kurskorrektur im Geiste Lenins eröffnete. Dass sie nicht konsequent genutzt wurde, führte zum Zusammenbruch des europäischen Frühsozialismus und zur tiefsten Krise der kommunistischen Bewegung. Ohne eine positive Einstellung zum XX. Parteitag und seiner Orientierung ist eine Konsolidierung der kommunistischen Bewegung und ein neuer Anlauf zum Sozialismus nicht möglich.

Furrs Pamphlet ist geeignet, in der um Klarheit ringenden kommunistischen Bewegung desorientierend und spaltend zu wirken. Zugleich liefert es Antikommunisten Steilvorlagen, die kommunistische Bewegung als stalinistisch zu denunzieren.

Was das völlig unkritische, ja geradezu lobpreisende Vorwort von D. Losurdo angeht, so kann ich nur mit Klaus Stein sagen: „Si tacuisses...“ (Hättest du geschwiegen...)

## Veranstaltungen des Arbeitskreises, Januar bis April 2016

Donnerstag, VR China 2016: Veränderungen und Perspektiven.  
14. Januar Einführung: Botschafter a.D. Rolf Berthold

**Sonnabend, Konferenz:  
6. Februar Der XX. Parteitag der KPdSU (1956) aus heutiger Sicht.**

Vorträge:

*Prof. Dr. Heinz Niemann* (Bergfelde)  
Die große Chance. Der XX. Parteitag der KPdSU 1956.

*Dr. Hans Modrow* (Berlin)  
Die SED und der XX. Parteitag der KPdSU.

Dazu laden gemeinsam der Marxistische Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE, die Geschichtskommission beim Parteivorstand der DKP, die Marx-Engels-Stiftung e.V. Wuppertal und die Redaktion *junge Welt*, Berlin, ein.

Die Konferenz tagt von 11.00 bis 17.00 Uhr.  
Tagungsort: Berlin-Lichtenberg, Begegnungsstätte *Undine*, Hagenstr. 57  
(Nähe Regional-, S- u. U-Bhf. Berlin-Lichtenberg)  
Für die Vorträge stehen jeweils 40 Minuten zur Verfügung, für Diskussionsbeiträge in der Regel 10 Minuten.

Donnerstag, Die UNO und die DDR.  
10. März Einführung: Prof. Dr. Herbert Graf

**Sonnabend, Konferenz:  
9. April Die Vereinigung von KPD und SPD 1946 aus heutiger Sicht.**

Vorträge:

*Prof. Dr. Günter Benser* (Berlin)  
Das Ringen um die Einheit der Arbeiterbewegung in den vier Besatzungszonen Deutschlands 1945-1948.

*Prof. Dr. Anton Latzo* (Langerwisch)  
Erfolge und Probleme bei der Schaffung der Einheit der Arbeiterbewegung in Ost- und Südosteuropa 1944/45 bis 1948.

(Wird evtl. noch ergänzt)

Einladende, Tagungszeit, Tagungsort und Regularien *wie am 6. Februar 2016!* (siehe oben!)

Die **Donnerstag-Veranstaltungen** beginnen jeweils um **16.00** Uhr. Sie finden im *Bildungsverein am Kreuzpfuhl, Berlin-Weißensee, Pistoriusstr. 24* (am Pistoriusplatz) statt.  
(Straßenbahn M 4, 12, M 13 bis Albertinenstraße oder Antonplatz, Bus 158 und 255 bis Woelckpromenade)

**Sämtliche Veranstaltungen** des Arbeitskreises sind **öffentlich**. Sie bedürfen **keiner** besonderen **Einladung** oder Anmeldung.

**Kontaktadressen:**

Dr. Siegfried Ittershagen, Philipp-Jacob-Rauch-Str. 4, 12559 Berlin, Tel. 030-65 970 79

Prof. Dr. sc. Heinz Karl, Am Faulen See 26, 13053 Berlin, Tel. 030-98 665 74